



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK
EUROSYSTEM

ERKLÄRUNG ZUR GELDPOLITIK

Frankfurt am Main, 11. Juni 2026

PRESSEKONFERENZ

Christine Lagarde, Präsidentin der EZB,
Boris Vujčić, Vizepräsident der EZB

Guten Tag, der Vizepräsident und ich begrüßen Sie zu unserer Pressekonferenz.

Der EZB-Rat ist fest entschlossen, seine Geldpolitik so auszurichten, dass sich die Inflation auf mittlere Frist bei unserem Zielwert von 2 % stabilisiert. Im Einklang damit haben wir heute beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte anzuheben. Durch den Krieg im Nahen Osten entsteht Druck auf die Inflation. Der Beschluss zur Zinsanhebung ist robust gegenüber einer Bandbreite von Szenarien, die aufzeigen, wie sich der Schock entwickeln und auf die mittelfristigen Aussichten für den Euroraum auswirken könnte.

Im Basisszenario der neuen Projektionen gehen die Fachleute des Eurosystems davon aus, dass die durchschnittliche Gesamtinflation 2026 bei 3,0 %, 2027 bei 2,3 % und 2028 bei 2,0 % liegen wird. Bei der Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel erwarten sie im Basisszenario durchschnittlich 2,5 % für 2026 und 2027 sowie 2,2 % für 2028. Die Fachleute haben ihre Basisprojektion für die Inflation in den Jahren 2026 und 2027 gegenüber März nach oben revidiert. Grund hierfür ist ein höherer Pfad für Energiepreise, der sich den Erwartungen nach in gewissem Maße auf die Teuerung bei Nahrungsmitteln, Waren und Dienstleistungen niederschlagen wird. Die Fachleute erwarten im Basisszenario ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 0,8 % für 2026, 1,2 % für 2027 und 1,5 % für 2028. Dies entspricht für 2026 und 2027 einer Abwärtsrevision, in der sich die stärkeren Auswirkungen des Krieges auf die Rohstoffmärkte, die Realeinkommen und das Vertrauen widerspiegeln.

Die Aussichten sind nach wie vor von Unsicherheit geprägt, und es bestehen Aufwärtsrisiken für die Inflation sowie Abwärtsrisiken für das Wirtschaftswachstum. Die Gesamtfolgen des Krieges für Inflation und Wachstum in der mittleren Frist werden von der Intensität und der Dauer des Energiepreisschocks sowie vom Ausmaß seiner indirekten Auswirkungen und Zweitrundeneffekte abhängen. Diese Unsicherheit zeigt sich auch in der großen Bandbreite an Inflations- und

Europäische Zentralbank
Generaldirektion Kommunikation
Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu, Website: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Wachstumsergebnissen in den aktualisierten illustrativen Szenarien, die von Fachleuten des Eurosystems zusammengestellt wurden. Diese Szenarien werden zusammen mit den Projektionen der Fachleute auf unserer Website veröffentlicht.

Mit dem heutigen Beschluss sind wir weiterhin gut positioniert, um die durch den Krieg verursachte Unsicherheit zu bewältigen. Wir werden die Lage genau beobachten und bei der Festlegung des angemessenen geldpolitischen Kurses einen datengestützten Ansatz verfolgen und von Sitzung zu Sitzung entscheiden. So werden unsere Zinsbeschlüsse auf unserer Beurteilung der Inflationsaussichten und der damit verbundenen Risiken, vor dem Hintergrund aktueller Wirtschafts- und Finanzdaten, sowie der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation und der Stärke der geldpolitischen Transmission basieren. Wir legen uns nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest.

Die heute gefassten Beschlüsse finden sich in einer [Pressemitteilung](#) auf unserer Website.

Ich werde nun näher erläutern, wie sich die Wirtschaft und die Inflation unseres Erachtens entwickeln werden. Anschließend werde ich auf unsere Einschätzung der finanziellen und monetären Bedingungen eingehen.

Wirtschaftstätigkeit

Nach Bereinigung um einen temporären Faktor in Irland ist die Wirtschaft des Euroraums im ersten Quartal gewachsen. Dies wurde von der Binnennachfrage und den Exporten gestützt. Der Krieg im Nahen Osten belastet jedoch die Wirtschaftstätigkeit. Umfragen deuten insbesondere im Dienstleistungssektor auf eine Verlangsamung hin. Das verarbeitende Gewerbe hat sich bislang gut behauptet. Dies liegt teilweise daran, dass Unternehmen Lagerbestände aufgebaut haben, um gegen Engpässe in den Lieferketten gewappnet zu sein. Außerdem spiegeln sich darin die höheren Verteidigungsausgaben wider.

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor robust. Die Arbeitslosenquote betrug im April 6,3 % und liegt weiterhin nahe ihrem historischen Tiefstand. Im ersten Quartal wurden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, wenn auch langsamer als im Schlussquartal 2025. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ging weiter zurück, und Unternehmen sowie private Haushalte gehen davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt abschwächt.

Mit Blick auf die Zukunft erwarten die Fachleute nun eine schwächere Binnennachfrage als in den März-Projektionen angenommen, da der Krieg das Vertrauen belastet und höhere Energiepreise die Realeinkommen schmälern. Zugleich sind die Bilanzen der privaten Haushalte insgesamt solide, und

der Konsum dürfte der wichtigste Wachstumstreiber bleiben. Durch die höheren Energiekosten und das geringere Vertrauen werden die Investitionen des privaten Sektors auf kurze Sicht etwas nachlassen, sie dürften aber durch Unternehmen, die in neue digitale Technologien investieren, gestützt werden. Die höheren Staatsausgaben für Verteidigung und Infrastruktur dürften den öffentlichen Investitionen weiterhin zugutekommen. Diese Faktoren dürften einen gewissen Puffer gegenüber den Auswirkungen des Krieges bieten.

Der EZB-Rat hebt hervor, dass es dringend notwendig ist, die Wirtschaft im Euroraum zu stärken und zugleich solide Staatsfinanzen zu gewährleisten. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist ein wichtiger Anker für die allgemeine wirtschaftliche Stabilität. Finanzpolitische Reaktionen auf den Energiepreisschock sollten zeitlich befristet, zielgerichtet und auf die jeweilige Situation zugeschnitten sein, wie die Europäische Kommission in ihrem Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2026 betont. Reformen, die darauf abzielen, das Wachstumspotenzial des Euroraums zu erhöhen und die Energiewende zu beschleunigen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren, sind wichtiger denn je. Die Vollendung der Spar- und Investitionsunion ist entscheidend für die Finanzierung von Innovationen, die Förderung des digitalen Wandels und die Steigerung der Produktivität. Der digitale Euro und tokenisiertes Zentralbankgeld für Finanzmarkttransaktionen werden die strategische Autonomie, Wettbewerbsfähigkeit und finanzielle Integration Europas stärken und Innovationen im Zahlungsverkehr vorantreiben. Daher ist es besonders wichtig, die Verordnung zur Einführung des digitalen Euro rasch anzunehmen. Die Vereinfachung und die Harmonisierung von Vorschriften im gesamten EU-Binnenmarkt werden zu einem schnelleren Wachstum europäischer Unternehmen beitragen.

Inflation

Die Inflation stieg im Mai auf 3,2 %, nachdem sie im April 3,0 % betragen hatte. Die Teuerungsrate für Energie erhöhte sich leicht auf 10,9 %, nachdem sie im April bei 10,8 % gelegen hatte. Die Inflation bei Nahrungsmitteln verringerte sich hingegen von 2,4 % auf 2,0 %. Die Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel stieg von 2,2 % im April auf 2,5 %. Bei Waren erhöhte sich die Inflation geringfügig auf 0,9 % und bei Dienstleistungen nahm sie von 3,0 % auf 3,5 % zu.

Der binnenwirtschaftliche Kostendruck ließ im ersten Quartal nach, gestützt durch ein langsames Lohn- und Gewinnwachstum. Der EZB-Indikator für die Lohnentwicklung (Wage Tracker) und Umfragen zu den Lohnerwartungen deuten weiterhin darauf hin, dass das Lohnwachstum im Jahresverlauf nachlassen dürfte. Andere Vorleistungen werden für Unternehmen jedoch teurer, weshalb diese davon ausgehen, dass sie ihre Verkaufspreise erhöhen werden. Zudem hat der Energieschock bereits einige Indikatoren der zugrunde liegenden Inflation nach oben getrieben. Die

Inflationserwartungen über kürzere Zeithorizonte liegen nach wie vor deutlich über dem Niveau vor Ausbruch des Krieges im Nahen Osten. Zugleich liegen die meisten Messgrößen der längerfristigen Inflationserwartungen bei rund 2 %. Dies begünstigt eine Stabilisierung der Inflation auf mittlere Sicht in der Nähe des Zielwerts.

Durch den Anstieg der Energiepreise wird sich die Inflation im Laufe des Sommers weiter erhöhen und bis in die erste Jahreshälfte 2027 deutlich über dem Zielwert halten. Dieser Energiepreisanstieg wird sich auch auf die Inflation bei Nahrungsmitteln, Waren und Dienstleistungen auswirken. In der zweiten Jahreshälfte 2027 sollte die Inflation, gestützt durch fallende Energiepreise und eine langsamere Erhöhung anderer Preise, wieder zum Zielwert zurückkehren. Der Krieg im Nahen Osten ist allerdings nach wie vor ein großer Unsicherheitsfaktor. Je länger die Energiepreise auf hohem Niveau bleiben, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie die allgemeine Inflation durch indirekte Auswirkungen und Zweitrundeneffekte in die Höhe treiben. Wir werden daher den Umfang und die Dauer des Energiepreisanstiegs und seine Auswirkungen auf die Preis- und Lohnsetzung, die Inflationserwartungen und die gesamtwirtschaftliche Dynamik genau beobachten.

Risikobewertung

Die Risiken für die Wachstumsaussichten sind abwärtsgerichtet. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf den Krieg im Nahen Osten, der das volatile weltweite Politikumfeld verschärft. Eine anhaltende Störung der Energieversorgung könnte die Energiepreise stärker und länger ansteigen lassen als derzeit erwartet. Diese Faktoren würden die Realeinkommen noch weiter schmälern und dazu führen, dass sich Unternehmen und private Haushalte mit Investitionen und Ausgaben stärker zurückhalten. Der bremsende Effekt auf das Wachstum würde sich verstärken, wenn die Blockade wichtiger Seewege zu akuten Engpässen bei zentralen Vorleistungen führte und Unternehmen im Euroraum dadurch gezwungen wären, die Produktion zu drosseln. Eine Eintrübung der Stimmung an den globalen Finanzmärkten oder ein knapperes Kreditangebot könnte die Nachfrage dämpfen. Zusätzliche Friktionen im Welthandel könnten außerdem zu weiteren Störungen bei den Lieferketten und einem Rückgang der Exporte führen sowie den Konsum und die Investitionen schwächen. Andere geopolitische Spannungen, insbesondere der ungerechtfertigte Krieg Russlands gegen die Ukraine, sind nach wie vor ein großer Unsicherheitsfaktor. Das Wachstum könnte hingegen höher ausfallen, wenn sich die Wirtschaft und die Energiemärkte schneller als erwartet an die durch den Krieg im Nahen Osten verursachten Störungen anpassten oder wenn der Krieg rasch und nachhaltig beigelegt würde. Zudem könnten die geplanten Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur, Reformen zur Steigerung der Produktivität sowie der Einsatz neuer Technologien durch die Unternehmen im

Euroraum das Wachstum stärker als erwartet ankurbeln. Eine tiefere Integration des Binnenmarkts könnte das Wachstum ebenfalls deutlicher beleben als derzeit erwartet.

Die Risiken für die Inflationsaussichten sind aufwärtsgerichtet. Wenn die Energiepreise stärker und für länger als derzeit erwartet anstiegen, nähme die Inflation im Euroraum weiter zu. Dies könnte verstärkt werden und länger anhalten, wenn sich die höheren Energiepreise stärker als erwartet auf andere Preise und die Löhne auswirkten, wenn in der Folge die längerfristigen Inflationserwartungen anstiegen oder wenn es zu breiter angelegten Störungen der globalen Lieferketten käme. Anhaltende handelspolitische Spannungen könnten zu stärker fragmentierten globalen Lieferketten führen, die Versorgung mit kritischen Rohstoffen beeinträchtigen und Kapazitätsengpässe in der Wirtschaft des Euroraums verstärken. Extremwetterereignisse und die fortschreitende Klima- und Umweltkrise ganz allgemein könnten eine unerwartet starke Verteuerung von Nahrungsmitteln nach sich ziehen. Die Inflation könnte hingegen etwas niedriger ausfallen, wenn die wirtschaftlichen Folgen des Krieges im Nahen Osten von kürzerer Dauer wären als gegenwärtig erwartet oder die indirekten Auswirkungen oder Zweitrundeneffekte weniger ausgeprägt wären als angenommen. Mehr Volatilität und eine größere Risikoaversion an den Finanzmärkten könnten die Nachfrage belasten und damit auch die Inflation verringern.

Finanzielle und monetäre Bedingungen

Die Finanzierungsbedingungen sind seit unserer letzten Sitzung weitgehend unverändert geblieben. Sie sind jedoch weiterhin restriktiver als vor dem Krieg. Die Kosten der marktbasierter Fremdfinanzierung stiegen von 3,9 % im März auf 4,0 % im April. Die Zinsen für Bankkredite an Unternehmen und die Zinsen für Immobilienkredite lagen im April unverändert bei 3,6 % bzw. 3,4 %.

Das jährliche Wachstum der Bankkreditvergabe an Unternehmen erhöhte sich von 3,2 % im März auf 3,4 % im April. Bei den Emissionen von Unternehmensanleihen stieg die Wachstumsrate auf 4,6 %. Die Vergabe von Immobilienkrediten nahm im April erneut um 3,0 % zu.

Im Einklang mit unserer geldpolitischen Strategie nahm der EZB-Rat eine eingehende Beurteilung des Zusammenhangs zwischen Geldpolitik und Finanzstabilität vor. Die Banken im Euroraum sind widerstandsfähig, gestützt durch starke Kapital- und Liquiditätsquoten, eine solide Aktivaqualität und eine robuste Ertragslage. Ein plötzlicher, drastischer Rückgang der Vermögenspreise, der womöglich durch den Nichtbankenfinanzsektor verstärkt wird, und eine Verschlechterung der Aktivaqualität – insbesondere in energie- und handelssensitiven Sektoren – würden jedoch Risiken für die Finanzstabilität darstellen. Diese Risiken verstärken sich mit zunehmender Dauer der derzeitigen geopolitischen Konflikte. Die makroprudenzielle Politik stellt weiterhin die erste Verteidigungslinie

gegen das Entstehen von Anfälligkeiten im Finanzsektor dar. Sie erhöht die Widerstandsfähigkeit und sichert den makroprudenziellen Spielraum.

Schlussfolgerung

Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte anzuheben. Wir sind fest entschlossen, die Geldpolitik so auszurichten, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2 % stabilisiert. Die Festlegung des angemessenen geldpolitischen Kurses wird von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung erfolgen. Unsere Zinsbeschlüsse werden auf unserer Beurteilung der Inflationsaussichten und der damit verbundenen Risiken, vor dem Hintergrund aktueller Wirtschafts- und Finanzdaten, sowie der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation und der Stärke der geldpolitischen Transmission basieren. Wir legen uns nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest.

Wir sind in jedem Fall bereit, alle unsere Instrumente im Rahmen unseres Mandats anzupassen, um für eine nachhaltige Stabilisierung der Inflation bei unserem mittelfristigen Zielwert zu sorgen und um die reibungslose Funktionsfähigkeit der geldpolitischen Transmission aufrechtzuerhalten.

Gerne beantworten wir nun Ihre Fragen.

Der Wortlaut, auf den sich der EZB-Rat verständigt hat, ist der englischen Originalfassung zu entnehmen.